

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

13.

**Punkt 12 der Tagesordnung: Teil-Flächennutzungsplan „Windenergie“ -
Sachstandsbericht
Vorlage: 2014/0365**

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt - nach Vorberatung im Planungsausschuss - die Offenlage des Teil-Flächennutzungsplans Windenergie.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung bei 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12 zur Behandlung auf:

Sie haben zur Kenntnis genommen, dass der Nachbarschaftsverband seinen Beitrag zur Energiewende leisten möchte und sich in einer sehr intensiven und ausgiebigen Untersuchungskaskade auf den Weg gemacht hat, hier substantielle Beiträge zum Thema Windenergie in der Region in unserem Nachbarschaftsverband zu identifizieren. Das ist nun überhaupt nichts Neues. Mit unseren Windkraftanlagen auf dem Müllberg ist die Stadt Karlsruhe sowieso schon Vorreiterin gewesen in dieser Frage. Es war ein echtes Anliegen, hier noch zusätzliche Flächen zu identifizieren, auch vor dem Hintergrund, dass wir es nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen wollten, wo denn dann für einzelne Flächen durch einen Investor, der möglicherweise auch schon Zugriff auf diese Flächen hat, solche Untersuchungen angestrengt werden, sondern so etwas in einer gemeinsamen politischen und auch fachlichen Abstimmung ein Stückchen weit vorzubereiten und damit eben auch viele Flächen von vornherein auszuschließen.

Im Rahmen dieser etwas umfangreicheren Erkundung und auch entsprechenden Begutachtung stellte sich dann eben aber doch heraus, dass wir ein sehr eng besiedeltes Gebiet sind, dass wir hier große Einflüsse der Flugsicherung, des Natur- und Artenschutzes verschiedene andere Voraussetzungen zu erfüllen haben und damit ein Stück weit die ursprünglich mal herausgefilterte Anzahl der Flächen wie Butter in der Sonne weggeschmolzen ist und wirklich unkritisch eigentlich nur unser bestehender Müllberg auf der einen Seite und eine kleine Fläche im südöstlichen Nachbarschaftsverbandsgebiet auf der anderen Seite möglich ist. Es ist auch sehr deutlich geworden - und wir hätten uns

der Diskussion mit vielen Bürgerinnen und Bürgern sicherlich gestellt -, dass es an der einen oder anderen Stelle auch von den Bürgerinnen und Bürgern nicht so goutiert worden wäre, solche Anlagen zu ermöglichen. Die meisten dieser umstrittenen Flächen sind dann aber aus anderen objektivierbaren Gründen weggefallen, nämlich wegen des Artenschutzes und der Flugsicherung. Bei der Flugsicherung ist es deshalb ein bisschen ärgerlich, weil man ein Jahr vorher hier eher noch andere Signale bekommen hat. Jetzt es noch mal untersucht worden. Es gab aber auch in anderen Bundesländern entsprechende Vorfälle. Dadurch sind die Maßnahmen auch etwas verschärft worden. Da sind uns dann doch viele der umstrittenen Flächen von vornherein weggefallen, so dass wir hier vieles gar nicht mehr vorschlagen, was auch durchaus in der Bevölkerung sehr kritisch diskutiert worden ist.

Wir wissen, dass wir damit die Erwartungen an die Menge und an die Flächigkeit der zur Windenergie vorgesehenen Möglichkeiten, dass wir die jetzt nicht erfüllen, wie sie eigentlich ursprünglich vorgesehen sind. Aber wir können und glauben auch nachweisen zu können, dass dies eben aufgrund der verschiedenen Einschränkungen im Verbandsgebiet des Nachbarschaftsverbandes eben gar nicht geht. Wir wünschen uns jetzt ein starkes Signal des Gemeinderates, dass er das genauso sieht, dass wir damit dann in die entsprechende Offenlage und die Erörterung gehen und damit auch noch einmal unterstreichen, wir sind für den Ausbau der Windenergie, wir würden auch die Flächen zur Verfügung stellen. Nur wenn es objektivierbare und nachvollziehbare Kriterien gibt, warum das eben weder sinnvoll noch möglich ist, dann muss man am Ende auch zu dem Ergebnis stehen, dass das gerade in dieser Region eben doch nur auf einigen wenigen Flächen möglich ist, dass hier eben nicht der große Beitrag aus diesem Nachbarschaftsverband erfolgen kann zum Thema Energiewende - zumindest, soweit es die Windenergie betrifft.

Das ist ein bisschen die Vorgeschichte - und auch der weitere Ausblick. Sie kennen das weitere Verfahren. Wir werden das jetzt offenlegen, es wird erörtert. Dann wird das Regierungspräsidium am Ende entscheiden, ob es dieses Ergebnis so akzeptiert. Wir werden natürlich die Diskussion fortsetzen, wenn wir hier zu weiteren Ergebnissen kommen und dann ggf. auch sicherlich die eine oder andere Diskussion wieder aufnehmen müssen. Zunächst mal ist das aber ein sehr umfassendes Ergebnis einer sehr intensiven Untersuchung, wo wir auch nichts gescheut haben, den Hinweisen nachzugehen. Es ist ein sehr nachvollziehbares Ergebnis, für das ich hier um Zustimmung werbe und auch gleichzeitig mich bei allen bedanken möchte, die in vielen Workshops, bei vielen Untersuchungen, bei vielen Diskussionen im Nachbarschaftsverband, aber auch draußen vor Ort, sich dieser Thematik in einer sehr ernsthaften und einer sehr verantwortlichen Weise gestellt haben. Das umfasst auch ganz viele Mitglieder hier aus dem Gemeinderat, die zu diesem Thema schon heftig in Diskussionen verstrickt waren.

Frau Müllerschön hat sich für befangen erklärt, das ist fürs Protokoll noch mal wichtig. Jetzt gehen wir in die Diskussion. - Herr Stadtrat Pfannkuch.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Es ist schon an dieser Stelle noch mal erforderlich, die Ausgangslage hier im Gremium des Gemeinderates ein wenig zu beleuchten. Es war zum Teil turbulent, die Diskussion. Da gab es Äußerungen, dass man doch gerne an seinem Windrad wohnen würde. Andere haben sich gut vorstellen können, auf dem Turm so ein Rad drehen zu lassen. Als ich mir erlaubte darauf hinzuweisen, dass in diesen

Waldbereichen bei uns oben auch Vogelarten zu schützen sein könnten und ich das Wort Roter Milan in den Mund nahm, brach blanker Hohn über meine Fraktion aus. Das war damals - -

(Oh-Rufe aus der Mitte des Gemeinderates - **Vorsitzender:** Dass Sie sich für rote Vögel einsetzen, ist schon ungewöhnlich.)

- Herr Oberbürgermeister, ich hatte es damals unterlassen, auf die Schwarzmilane hinzuweisen. Ich habe den Eindruck, hier im Kreise ist es ruhiger geworden unter den Euphorikern. Die sind froh, dass sich der Sturm in der Windkraft als laues Lüftchen verzogen hat. Daran hat auch die Bürgerinitiative „Pro Bergdörfer“ einen beachtenswerten Anteil, deren Existenz von manchen als lästig empfunden wurde. Das war aber gut so. Diese haben sich nämlich stets um eine hohe Sachlichkeit bemüht.

(Widerspruch - **Stadtrat Dr. Maul/SPD:** Das ist eine Unverschämtheit, das zu behaupten! - **Vorsitzender:** Können wir das bitte draußen diskutieren?)

- Ich erkenne, dass das bei aber bei allen Mitgliedern dieses Gremiums wohl nicht angekommen ist. Das tut mir außerordentlich leid, kann es aber nicht nachvollziehen.

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** Wir sind persönlich beleidigt worden!)

Denn auch der Ortschaftsrat in Wettersbach hat sich von Anfang an klar positioniert. Da ging es zunächst einmal um das Schutzgut Mensch und um die Erhaltung unserer Wälder als Erholungsfunktion und die Bewahrung des Landschaftsbildcharakters unserer Gebiete in den Höhenstadtteilen.

Nun haben harte Restriktionen wie Artenschutz und Flugnavigation die Abwägungsprozesse erspart. Wir haben daher nicht so weit diskutieren müssen, das alles bei einer klaren Erkenntnis. Es muss deutlich gesagt werden, dass bei uns Windkraftanlagen wirtschaftlich nicht betrieben werden können. Es ist ein Irrweg, Schwachwindstandorte nur durch Subventionen des Stromzählers künstlich oder scheinbar wirtschaftlich betreiben zu wollen. Das gilt auch für Windräder am Müllberg. Nicht anderes, wenn hier nicht Bestandsschutz gelte.

Was bringt uns nun der Windenergieplan für den Nachbarschaftsverband? Er ist aufwändig und gründlich, sachlich und fachlich erarbeitet. Dafür gilt ausdrücklich mein Dank an die entsprechende Planungsstelle. Allerdings: Irgendwann wollen wir auch wissen, was uns dieser Planungsaufwand gekostet hat, denn am liebsten würde ich diese Rechnung nach Stuttgart schicken. Der Berg kreiste und gebar eine Maus. Die Deponie Hagbuckel in Karlsbad: substanzieller Raum für Windenergie, Fragezeichen, oder Verhinderungsplanung, was immer wieder dem Regionalverband in seiner früheren Planungsweise vorgeworfen wurde. Wir haben jetzt 3,4 % mit 11 ha Windenergiefläche ausgewiesen. Das Regierungspräsidium wird das zu prüfen haben. Wir hoffen, der Geist ruht und es bleibt dabei.

Wie gehen wir jetzt nun weiter damit um? Ich denke, dass die Verunsicherungspolitik der Landesregierung nicht verstanden werden konnte. Sie war und ist unverantwortlich, die frühere Planung des Regionalverbandes als Verhinderungsplanung abzuqualifizieren,

kann nach den aufwändigen Untersuchungen des Nachbarschaftsverbandes nicht aufrecht erhalten werden. Auch der Traum der Grünen, die Prüfflächen hätten erweitert werden müssen, ist gottlob vom Tisch. Das gilt ausdrücklich aus Sicht meiner Fraktion auch für die abgelehnten Gebiete um den Kreuzelberg in Ettlingen.

Der Windenergieplan für den Nachbarschaftsverband wird von der CDU gutgeheißen. Was bleibt ist die klare Forderung, dass Windkraftanlagen nur noch dort in Erwägung gezogen werden, wo sie wirtschaftlich ohne Subvention betrieben werden können. Bundeswirtschaftsminister Gabriel sieht das auch so: kein Engel, aber wo er recht hat, hat er recht.

Ein Letztes: Wir warten auf die Versuchswindkraftanlage zwischen Grötzingen und Berghausen und hoffen ausdrücklich, dass damit Windstrom gepuffert werden kann. Das wäre eine revolutionäre Entwicklung in der Energiewende. Die Technologieregion könnte damit mehr von sich reden machen als mit ideologischen Placebo-Windkraftanlagen.

(Beifall bei der CDU)

Stadtrat Geiger (GRÜNE): Herr Pfannkuch, dass Ihnen seinerzeit im November und Dezember des Jahres 2012 hier in besonderer Weise Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als Sie plötzlich den Artenschutz bemüht haben, war deshalb, weil Sie ihn sonst fast nie bemühen.

(Unruhe, Zurufe von der rechten Seite des Hauses)

- Doch, doch, doch. Ich bin mal sehr gespannt, wenn es jetzt dann auch um andere Teilflächennutzungsplanungen geht, inwieweit Ihnen der Artenschutz dann auch wichtig ist.

(Beifall bei den Grünen, Zurufe)

Auf jeden Fall ist es so. Ich kann auch Ihre Kritik an der Änderung des Landesplanungsgesetzes nicht nachvollziehen, denn definitiv war es so - Sie sind ja Jurist, das ist ein rechtlicher Fakt -, dass die Regionalverbände vorher nicht nur eine reine Positivplanung machen konnten, sondern dass diese Positivplanung Auswirkung darauf hatte, dass der Rest dieses beplanten Gebietes Ausschlussfläche war.

(Stadtrat Pfannkuch/CDU: Was kommt jetzt dabei heraus?)

Jetzt haben wir diese Möglichkeit, also sozusagen eine zweiphasige Windenergieplanung. Die Regionalverbände können immer noch Festlegungen für regional bedeutsame Windenergieanlagenstandorte machen, aber nur noch in Form von Vorranggebieten. Es entsteht daraus nicht grundsätzlich ein Ausschluss. Das ist jetzt den Kommunen oder den Trägern der Flächennutzungsplanung überlassen. Diese Möglichkeit hat einfach der Nachbarschaftsverband in Angriff genommen, wobei man dazu sagen muss, er hätte es nicht tun müssen. Es besteht keine Verpflichtung dazu, einen Teil-Flächennutzungsplan Windenergie aufzustellen. Das muss man nicht. Da muss man sich die rechtliche Grundlage einfach angucken.

Faktische Ausschlussflächen: Wenn man das steuern will, dann müssen die Kommunen oder die Träger der Flächennutzungsplanung halt ran, aber dieser Ausschluss von Flächen für die Windenergie ist an eine essentielle Bedingung geknüpft. Der Windenergie-nutzung muss nämlich substanziell Raum eingeräumt werden, d. h. eine reine Negativ-planung oder eine solche, die so anmutet, ist ausgeschlossen und nicht zulässig. Wenn Gebiete ausgeschlossen werden für die Betreibung von Windenergieanlagen dann ist das nur zu rechtfertigen, wenn der Plan sicherstellt, dass an anderen Stellen im Pla-nungsgebiet der Windenergie gegenüber konkurrierenden Nutzungen Raum eingeräumt wird. Das steht im Windenergieerlass, der ist Ihnen auch zur Verfügung gestellt worden. Es ist jetzt nicht so, dass das nicht klar gewesen wäre. Ich gebe zu, 51 Seiten, die muss man erst mal lesen, aber wenn man es getan hat, dann ist das eigentlich relativ gut ver-ständlich.

Dass wir im Dezember in einem zweiten Aufwasch dann den Beschluss gefasst haben, uns diese Vertiefungskulisse zu betrachten, hat uns nicht ganz zufrieden gestellt. Das ist auch bekannt. Deswegen haben wir sowohl im November wie auch im Dezember diesen Beschluss nicht mitgetragen, weil wir gerne mehr Prüfflächen gesehen hätten und ge-nauso in der Art und Weise, wie das hervorragend durch die Planungsstelle des Nach-barschaftsverbandes geschehen ist, an objektivierbaren Kriterien aufzuzeigen, wo Wind-energienutzung sinnvoll ist und wo sie nicht sinnvoll ist. Dass wir hier jetzt mit erweiter-ten Vorsorgeabständen gearbeitet haben, ist einfach auch dem Umstand geschuldet, dass wir uns mit 60 % Stimmeninhaber im Nachbarschaftsverband nicht gegenüber den anderen Mitgliedskommunen durchsetzen wollten, denn das wäre ein unfairer Schritt gewesen. Dort war einfach der Wunsch da gewesen, mit diesen vergrößerten Vorsorge-abständen zu arbeiten. Das haben wir dann auch akzeptiert, aber für uns in der Abwä-gung, wie wir uns dazu stellen, dazu entschieden, dass wir das nicht mittragen wollen.

Dennoch haben wir jetzt die Prüfung der Vorschlagsflächen interessiert verfolgt und konstruktiv begleitet. Wir haben uns auch mehrfach mit der Bürgerinitiative „Pro Berg-dörfer“ getroffen. Wir als GRÜNE-Fraktion haben auch einen guten Umgang mit dieser Initiativer gefunden, denn sie haben genauso wie wir anerkannt, dass trotz der unter-schiedlichen Einschätzung, wie substanziell Windenergie bei uns genutzt werden sollte oder nicht, man sich auf fachliche Art und Weise und ohne Polemik austauschen kann. Dafür danke ich auch der Initiative genauso, wie sie uns gegenüber dem Dank zum Ausdruck gebracht haben, dass wir uns mit ihnen auseinandergesetzt und sie nicht ein-fach ad acta gelegt haben als Form störender Bürgerbeteiligung oder so, denn das ist im Windenergieerlass ausgeführt, gerade die Bürgerinnen und Bürger müssen mitgenom-men werden, teilweise in Form von Bürgerwindenergieanlagen, teilweise halt im Pla-nungsprozess.

Jetzt - das wurde auch schon von Herrn Pfannkuch gesagt - möchten wir uns herzlich beim Nachbarschaftsverband bedanken. Hier möchte ich jetzt stellvertretend Frau Dede-erer nennen, die in sehr vielen Gesprächen, gerade auch mit der Initiative „Pro Bergdör-fer“, dabei war, die in den Sitzungen des Nachbarschaftsverbandes immer hervorragend auskunftsfähig war und das, was noch nachzuholen war, dann immer relativ fix nach-geholt hat. Wir müssen anerkennen, dass der Großteil der Prüfflächen, die so wie sie mal als Vertiefungsbetrachtungskulisse vorgesehen waren, schlicht und ergreifend auf-grund von harten Restriktionsgründen aus dem Plan jetzt rausgestrichen wurden. Das gilt insbesondere auch für die Flächen C 5 und C 6, auf die Sie vorher rekurriert haben

im Gemarkungsgrenzbereich zwischen Karlsruhe, in den Höhenstadtteilen und Ettlingen. Es gibt aber auch - das muss man dazu sagen - drei Flächen, die alle nicht auf der Karlsruher Gemarkung liegen, die nicht aus harten Restriktionsgründen herausgefallen sind, sondern jetzt erst einmal in einem Abwägungsprozess durch die Planungsstelle herausgenommen wurden. Das ist eine weitere Fläche in Karlsbad, das ist eine Fläche in Waldbronn und der von Ihnen von Ihnen schon bemühte Kreuzelberg in Ettlingen. Da wurden jetzt städtebaulich gravierende Gründe angeführt. Das kann man so sehen oder nicht. Jetzt ist es erst mal in dieser Beschlussvorlage so drin, und dementsprechend müssen wir uns verhalten. Was jetzt für uns allerdings relevant ist, ist noch die Frage nach dem substanzialen Raum-Geben. Es ist jetzt so, wir haben momentan eine einzige Konzentrationsfläche als Vorschlag. Das ist uns definitiv zu wenig. Jetzt ist in der Vorlage vorgesehen, das ist jetzt in Relation gesetzt, diese 11 ha zu der Überprüfungskulisse von 321 ha. Dann kommen wir auf diese 3,4 %, die der Herr Pfannkuch auch schon bemüht hat. Real bedeutet das aber, ich möchte jetzt nicht nur auf die Fläche gehen, in dieser Konzentrationszone werden maximal drei Windenergieanlagen entstehen können bei maximalem Investoreninteresse, das wir als nicht besonders windhöffiger Standort einfach nicht haben. Deswegen kommen wir in der Abwägungsentscheidung dazu, dass wir nicht glauben, dass mit diesem Planwerk der Windenergie substanzial Raum gegeben wird. Dann muss man entscheiden, will man den Teil-Flächennutzungsplan Windenergie aufstellen oder nicht. Wir sehen in diesem Fall nicht, dass dem Planungsgrund, der Windenergie substanzial Raum zu geben, Genüge getan wird und möchten deswegen heute die Vorlage ablehnen. Wir glauben in dem Fall wäre es besser, wenn wir auf den Teil-Flächennutzungsplan verzichten, d. h., es würde dann nach § 35 Baugesetzbuch abgehandelt werden. Konzentrationszonen wären nicht möglich, sondern nur Einzelvorhaben, und jedes Einzelvorhaben müsste gleichwertige Prüfinstanzen durchlaufen, wie wir sie jetzt für die Konzentrationszonen durchlaufen haben. So würde den Anwohnerinnen und Anwohnern ein ähnliches Schutzniveau geboten und der Windenergie eher die Möglichkeit gegeben, sich auch im Nachbarschaftsverband Karlsruhe positiv zu entwickeln. Das hätten wir gerne. Daher lehnen wir die Vorlage ab.

(Beifall bei den Grünen)

Stadtrat Zeh (SPD): Eine heftige Winddiskussion geht nun nach diesen umfangreichen Vorarbeiten in die Auslegung des Entwurfes. Wir wussten eigentlich schon vom Windatlas her, dass die Zahl der Flächen mit etwas kräftigerem Wind bei uns in der Gegend bescheiden ist. Mit dem 2012 beschlossenen Konzept mit Konzentration und Abstandsfläche gab es dann verschiedene Prüfflächen. Eine einzige wird nun ausgelegt zusätzlich zu der Bestandsfläche des Energiebergs.

Wichtig aber für uns ist, wir haben ein sachliches, gerichtsfestes Verfahren zur Bestimmung durchgeführt. Sachliche Argumente und nicht Trillerpfeifen auf der Straße haben zu unserer Entscheidung geführt. Für sachliche Argumente und Hinweise sind wir als SPD immer offen und gesprächsbereit. Ich möchte hier für die Fraktion der Verwaltung, insbesondere Frau Dederer danken, dass sie in vielen Diskussionen den sachlichen Weg verteidigt hat. Es ging sicher vielen Bürgern, gerade von der Bürgerinitiative, zu langsam bei der Berücksichtigung ihrer Argumente, aber Gutachter brauchen eben ihre Zeit. So ist halt gut ein Jahr vergangen zwischen dem ersten Statement und der Auslegung jetzt.

Noch einmal zum Ergebnis: Hier sieht man, dass der Naturschutz und der Klimaschutz nicht immer konform gehen - oder etwas zugespitzter formuliert, der Rotmilan hat gegen die Windräder gesiegt. Wir brauchen mehr Windkraft. Auch die CDU-Landtagsfraktion beklagt ja den langsamen Ausbau der Windenergie in Baden-Württemberg, den sie vorher jahrelang verschlafen hat. Aber auch das von der CDU ausgegebene Ziel,

(Stadträtin Luczak-Schwarz/CDU: Das Land ist groß!)

600 neue Windräder bis 2020 zu bauen, ist wohl kaum zu erreichen. Momentan steht in unserer Region vor allen Dingen das Repowering auf dem Energieberg an. Auch hier müssen erneut umfangreiche Gutachten eingeholt werden. So einfach ist es nicht, Herr Geiger, mit § 34 oder 35 zu machen. Auch dort fliegt der Rotmilan. In den vergangenen Jahren bis jetzt haben die Vögel erfolgreich die Windräder umflogen. Kein einziger ist zu Schaden gekommen.

Die SPD hofft natürlich, dass das Projekt des Repowerings hier auf jeden Fall doch durchgeführt werden kann, um den Beitrag Karlsruhes für die regenerativen Energien zu stärken. Für den Klimaschutz und die Energiewende in Karlsruhe müssen wir noch einiges tun. Aber es gibt ja noch weitere Felder wie den Ausbau der Fernwärme, mit dem wir unser Klima schützen können. Auch hier setzt die SPD die Akzente.

Herr Pfannkuch, ganz kann ich Ihren Argumenten da nicht folgen. Wahrscheinlich kennen Sie keinen Wirtschaftsplan von einem Energieunternehmen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Energie preiswerter produziert wird, als Sie je Kilowattstunde nachher auf Ihrer Stromrechnung zahlen. Billiger wird natürlich Atomstrom produziert. Ich weiß jetzt nicht, ob das ein Plädoyer dafür war, dass die CDU wieder rein will in die Atomenergie. Auch wenn wir den Planungsaufwand und die Kosten dafür beklagen, muss man sehen, wir brauchen sachliche Entscheidungen und können uns nicht auf Weniges beschränken. Deshalb ist dieser Weg der richtige.

Auch bei den Grünen bin ich eigentlich nicht ganz davon überzeugt, dass zuerst die Vorgaben für das Suchen - das waren natürlich die vergrößerten Abstands- und Konzentrationsflächen - wichtig waren. Sie bestätigen jetzt aber, sie wollen es nicht mehr. Wir haben noch nicht einmal alle Gutachten in Auftrag gegeben. Es fehlt z. B. noch das Fledermausgutachten, weil das mehr Zeit und mehr Geld gekostet hätte, wenn man es auch noch in Auftrag gegeben hätte. Auch das hätte wahrscheinlich noch weitere Konsequenzen gehabt. Man kann nicht einfach ein Ergebnis haben wollen, ich will mehr Windenergie, und wenn das Ergebnis nicht passt, dann einfach nicht entsprechend abstimmen. Auch das ist nicht der richtige Weg.

Wir sind, glaube ich, auf dem sachlich richtigen Weg. Wir werden deshalb der Vorlage und der Auslegung zustimmen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Fromm (FDP): Von Anfang an hat die FDP-Fraktion bei dieser Thematik, als sie in den Planungsausschuss und in den Nachbarschaftsverband kam, gesagt, wir lassen die Fakten sprechen. Fakt ist, bundesweit alle wollten die Energiewende. Demzufolge

müssen wir uns auch sorgen, wie kann man die Lücke zwischen dem Atomstrom auf der Suche nach anderen Energien schließen. Dabei ist es natürlich sehr wichtig, dass es objektive Kriterien gibt, nicht dass der eine ganz andere Anwendung hat. Ich sage ja, so etwas gibt es ja auch bundesweit z. B. bei der Verkehrsplanung, bundesweite Kriterien. Hier im Land war es anders. Das Land hat dem Nachbarschaftsverband den Auftrag gegeben zu untersuchen, wo gibt es in Baden-Württemberg bzw. auf unserer Gemarkung im Nachbarschaftsverband überhaupt Konzentrationsflächen. Schon da, bei der ersten Beratung, hat meine Fraktion gesagt, wenn Fakt ist, dass vieles auf unserer Gemarkung rausfällt - das hat die FDP-Fraktion auch immer in den Gremien und auch in der Bevölkerung so gesagt -, wird es zu keinem Konzentrationspunkt in Karlsruhe kommen. Den Grünen war das nicht recht, die wollten mehr ausgewiesen haben, aber jetzt nehmen sie ja auch zur Kenntnis, dass die objektiven Kriterien so eine Konzentrationsfläche nicht möglich machen. Das kann man ja machen. Das war eine politische Haltung. So war eben, dass wir von Anfang an wussten, es gibt keine Konzentrationsflächen, dass wir aber auch von Anfang an gesagt haben, die Windenergieanlagen auf dem Müllberg sollen Bestandsschutz haben. Wenn wir da Repowering machen können, umso besser.

Kein Verständnis hat die FDP-Fraktion aber für die Kollegen, die da mit Argumenten in der Bevölkerung für Unruhe gesorgt haben. Das, liebe Kollegen, ist nicht der Weg von Transparenz. Denken Sie mal, wie viel Wind wurde oben in den östlichen Stadtteilen um eine Konzentrationsfläche gemacht, wo wir alle schon wussten, die fällt raus. Gäbe es diese objektiven Kriterien nicht in unserem ganzen Nachbarschaftsverband bzw. in Baden-Württemberg, dann könnte das passieren, was wir eigentlich alle überhaupt nicht wollen, dass uns im Außenbereich solche Dinge von anderen Kommunen vielleicht hingestellt werden könnten. Ich sage immer wieder, es sind die Fakten, die hier beleuchtet werden müssen und nicht das Bauchgefühl. In dem Zusammenhang ist es natürlich wichtig, dass mit großer Mühe in vielen öffentlichen Veranstaltungen und in den Gremien für Ruhe gesorgt wurde. Diese Ruhe zeigt sich eigentlich jetzt auch. Der Gemeinderat muss dabei bleiben, nicht Ängste schüren, sondern Ängste wegnehmen. Deshalb werden wir der Auslegung zustimmen, zumal deutlich wird, im gesamten Nachbarschaftsverband gibt es nur eine Konzentrationsfläche, und das ist die in Karlsbad.

(Beifall bei der FDP)

Stadtrat Wenzel (FW): Erst einmal die volle Zustimmung für die Vorlage, von der ich hoffe, dass die von mir im Planungsausschuss vorgetragenen Ergänzungen ihren Einzug genommen haben.

Ich will aufgrund der Vordebatte nicht auf die ideologische Ebene abgleiten, sondern heute ausschließlich den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger der Bergdörfer und im besonderen der Bürgerinitiative „Pro Bergdörfer“ für ihre sachliche und fachliche Unterstützung danken, die dazu geführt hat, dass der für das Stadtklima wichtige stadtnahe und artenreiche Wald am Edelberg erhalten bleibt. Hier sind Bürger für ihr Anliegen und das Anliegen der Stadt eingetreten. Das nenne ich persönlich Bürgerbeteiligung par excellence.

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** Der 25. Mai lässt grüßen! - **Stadtrat Borner/GRÜNE:** Wahlkampf!)

Stadtrat Dr. Maul (SPD): Einige der Anmerkungen zu dieser Bürgerinitiative, die insbesondere Herr Wenzel jetzt in erstaunlicher Weise noch einmal hervorgehoben hat, geben mir doch Anlass, dazu einige Worte zu sagen. Ich gehöre diesem Haus jetzt 34 Jahre an, aber so etwas ist mir niemals passiert, was sich diese Bürgerinitiative geleistet hat. Wir haben uns hier oft gestritten, aber es blieb immer sachlich. Wir haben uns mit zahlreichen Bürgerinitiativen auseinandergesetzt, alles fair, ordentlich, sachgerecht. Als es darum ging, die U-Strab zu bauen, hat Harry Block eine Großkundgebung vor dem Rathaus eingerichtet. Es kamen nicht sehr viele Leute, aber es war trotzdem eine Stimmung, die war in Ordnung, die war locker. Hier ist es das erste Mal passiert, dass mehrmals nach Gemeinderatssitzungen, auch wenn wir uns gar nicht mit der Windkraft befasst hatten, sämtliche Mitglieder dieses Hauses in übelster Weise von den Anhängern dieser Initiative beleidigt, ausgepiffen und mit Buh-Rufen bedeckt wurden.

(**Stadtrat Ehlgötz/CDU:** Mir haben sie Blumen geschenkt!)

- Nix Blumen. Erst als die Sache vorbei war, mein lieber Kollege. Solange es noch offen war, wurden wir jedes Mal beleidigt, beschimpft und ausgepiffen. So etwas ist ein absolutes undemokratisches, unsachliches Verhalten. Ich denke, das muss man hier mal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall **Stadträtin Baitinger/SPD** und andere SPD- Mitglieder)

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle mir vorliegenden Wortmeldungen. Dann bitte ich Sie, zur Entscheidung zu kommen und Ihr Kärtchen zu zücken. - 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen, der Rest Ja-Stimmen. Es fehlen 5 Gemeinderatsmitglieder. Dann müssen es 32 Zustimmungen sein. - Sie sehen das auch alle so. Das Ergebnis ist aber sowieso recht eindeutig. Dann geht diese Diskussion weiter. Je nachdem, wie sich dann das Regierungspräsidium dazu verhält, wird das ggf. sowieso noch weiter ein Thema sein.

(Zurufe: Pause!)

Es wird hier jetzt Pause gewünscht. Das ist doch noch ein bisschen früh - oder?

(Widerspruch)

Wer möchte von Ihnen eine Pause? - Wer möchte keine Pause? - Das Erstere ist die Mehrheit. Wir treffen uns um zwanzig nach Sechs wieder.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:58 bis 18:27 Uhr)

Zur Beurkundung:
Der Schriftführer:

